

Wert 1/4jährlich im Stadt, Orts- und Nachbarortsbereich M. 2.70, außerhalb M. 3.00 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummern des Monatsheftes 1.00. Frischdruckweise druck, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Gegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 16 Wochen. Die 12spaltige oder deren Raum 20 Wochen, 24 Wochen, 28 Wochen, 32 Wochen, 36 Wochen, 40 Wochen, 44 Wochen, 48 Wochen, 52 Wochen, 1 Jahr. Bei gerichtlicher Einziehung nach Kosten ist der Rabatt bündig.

Verantwortlicher: Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

№. 110

Druck und Verlag in Altensteig.

Mittwoch, den 14. Mai.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1919.

Deutsche Nationalversammlung.

(Ausführlicher Bericht.)

Unannehmbar!

Berlin, 12. Mai.

Präsident Fehrenbach eröffnet in der alten Aula der Universität die Sitzung um 3 1/4 Uhr nachmittags. Eine Fülle von Protesttelegrammen gegen die Friedensbedingungen werden zur Einsicht aufgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung heißt Abg. Dr. Kahl im Auftrag des Rektors der Universität Berlin die Nationalversammlung willkommen.

Entgegennahme einer Erklärung über die Friedensbedingungen.

Ministerpräsident Scheidemann: Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengesessen, um am Wendepunkt des Daseins unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen. Wir gehören zusammen, wir müssen zusammenbleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes.

Was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch, in dem 100 Absätze beginnen: Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet! Dieser schauerlichste und mörderische Hengenhammer, dieses Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden.

Die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwahrlosten Familien, bei Verwundeten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson! Heute verblich das Bild des Friedensbringers hinter der finsternen Gestalt eines Kerkermeisters. Sie haben nichts vergessen, aber alles hinzugelehrt, was Vernichtung und Zerstörung heißt.

Deutschland wird, wenn diese Bedingungen angenommen werden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb der ihm verhängten Grenzen liegt. Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren, aber es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmt der Rat der Vier: Verträge zwischen Feinden gelten nicht, ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zu Gunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen 6 Monaten verlangt.

Wie sagte Wilson so zutreffend: Der erste Grundsatz des Friedens ist Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinsamen Vorteilen. Das ist das Kernbild nach der einen Seite. Im Auslandsdienst ohne Schiffe, dem unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festlegung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernde Ware, für Kohle, pharmaceutische Artikel usw. Wer kann als ehelicher Mann, ich will gar nicht sagen als Deutscher, solche Bedingungen eingehen?

Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?

Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten und die Sklavenschaft für das internationale Kapital bilden, Frondienste für die ganze Welt leisten! Den Handel im Ausland, die Quelle unseres Wohlstands zerstückelt man. Die lothringischen Erze, die oberösterreichische Kohle, das elbische Kali, die Saargrube, die billigen Nahrungsmittel aus Polen und Westpreußen, alles soll jetzt außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Schutzoll ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und zu unserer Erdrosselung. Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte in erster Reihe zu Zahlungen an die Feinde zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegervitwen.

... haben wegenverpflichtet gemacht. Wir werden noch weitere machen.

Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar. (Stürmischer Beifall. Die Abgeordneten und Tribünenbesucher erheben sich zu einer gewaltigen Beifallsstunde.)

So unannehmbar, daß ich noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen Kehlen und aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschalle:

Weg mit diesem Mordpakt!

Da und dort regt sich schon die Einsicht in die gemeinsame Menschheitsverpflichtung, in neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch im sozialistischen Frankreich. Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und das Gewissen spricht. Ich danke vor allem und erwidere das Gelübnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberhallt. Brüder in Deutsch-Oesterreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Willen zum gesamten Volk nicht vergessen, wir grüßen Euch, und wir halten zu Euch! Wir kennen unseren Weg. Ueber diese Bedingungen darf er nicht geben. Eine Verwiderung der sittlichen und moralischen Begriffe ohnegleichen, das wäre die Folge eines solchen Vertrags. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, kann die Welt wieder aufbauen. Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Gewiß, wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben, aber dermal wehe über die, welche heute einen wahrhaftigen Frieden verzögern, auch nur um einen Tag. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Preuß. Ministerpräsident Hirth: Im Auftrag der Regierungen sämtlicher deutscher Freistaaten habe ich folgende Erklärung abgegeben:

Heute ist es klar, was die Feinde mit uns vorhaben. Sie wollen uns für alle Zeiten aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen und uns wieder, wie einst, zu völliger Ohnmacht verdammen. Sie wollen das arbeitsfreundliche deutsche Volk zu einem Knechtvolk machen. Demgegenüber erklären wir vor aller Welt: Lieber tot als Sklave! Dieser Friedensvorschlag ist unannehmbar. Wir sind in diesem Urteil einig mit der Reichsregierung und stehen einig und geschlossen hinter ihr. Ich spreche für in dieser Stunde unser volles Vertrauen aus. Unsere Feinde mögen sich hüten auf irgend eine Unmöglichkeit der deutschen Stämme zu rechnen. In der bittersten und furchtbaren Not, die unser Volk jetzt heimgesucht hat, stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterland.

Abg. Müller-Dreslau (Soz.): Dieser Friede ist nichts weiter als die Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln. Was ist aus allen Idealen geworden, von denen man uns erzählt hat, daß der Krieg ein „Kreuzzug“ sei gegen Kaiserismus und Militarismus! Jetzt, wo Deutschland mehrmals gemacht ist, wollen der französische Militarismus und der englische Kapitalismus weiter ihr Unwesen treiben. Die Sozialdemokraten können einen Rechtsfrieden verlangen; denn wir sind, als die militärische Lage Deutschlands günstig war, für einen Frieden der Verständigung eingetreten. Wir begrüßen Deutsch-Oesterreich. Wir gehören zusammen, und nur die Welt kann uns trennen. Wir erheben Einspruch gegen die gewaltige Kastration deutscher Volksteile vom Reichskörper. Das deutsche Volk läßt sich auf die Dauer nicht veräußern und der Tag muß kommen, an dem ein wahrer Völkerbund entsteht, wo die Vertreter der ganzen Welt dem deutschen Volk für sein Verhalten in dieser Stunde recht gegeben werden. Schlimmer als die Gebietsveränderungen sind die finanzielle Kette und die wirtschaftlichen Bedingungen, die man uns auferlegen will. Wilson hatte versprochen, daß diesem Kriege kein Wirtschaftskrieg folgen solle. Was bedeuten aber diese Bedingungen anderes? Dieser Friedensvorschlag ist unerträglich und unerfüllbar und für uns unannehmbar. Der Entente kapitalismus will mit dem deutschen Sozialismus auch den aller anderen Länder treffen. Daher ist dieser Vertrag im Grunde genommen das juristischste Sozialistengesetz, das es jemals gegeben hat. Hoffentlich sehen das unsere französischen und englischen Genossen bald ein. In einer Zeit, in der selbst die letzten Nationen zum selbständigen staatlichen Leben erwacht werden, läßt sich das deutsche Volk nicht zur Sklaverei verurteilen. Das möge sich Europa an diesem dunkelsten Tage deutscher Geschichte sagen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Gröber (Z.): Was uns jetzt vorliegt, läßt von den Wilsonschen Punkten keine Spur mehr erkennen. Das ist ein Wortbruch im vollsten Sinne des Wortes. Wo ist in den Bedingungen von dem deutschen Selbstbestimmungsrecht und von der Achtung vor der deutschen Nationalität etwas zu finden? Sogar den Deutsch-Oesterreichern soll der Anschluss an Deutschland verweigert werden. Deutschland wird mehrmals gemacht und seine Dienstpflicht abgeschafft. Im ungeheuerlichsten sind die finanziellen Friedensbedingungen. Wird mit ihnen ernst gemacht, so werden Reich und Einzelstaaten zum Bankrott gezwungen. Wenn endlich auch noch von uns verlangt wird, daß wir uns verpflichten sollen, den deutschen Kaiser und eine Anzahl politischer und militärischer Führer an ein Gericht unserer Feinde zur Verantwortung auszuliefern, so weisen wir eine solche Zumutung mit Entrüstung zurück. Die Friedensbedingungen stellen einen Gewaltfrieden dar, voll von Keimern neuer Gewalttaten und

Ungerechtigkeiten, zur Quelle neuen Völkerrrechts und zu blutigen Kämpfen. Es handelt sich dabei nicht nur um das Schicksal Deutschlands, sondern um die schwersten Nachteile für die ganze Kulturwelt. Ergen die drohende Gefahr muß deshalb nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Menschheit, soweit sie sich noch ein freies Urteil bewahrt hat, entschieden Protest erheben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.): Wir hoffen nicht auf die Gnade der Entente, aber wir glauben an die Gerechtigkeit der Völker, die von innen heraus einen Frieden schaffen werden auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons. Der Friedensvertrag, der uns jetzt vorgelegt wird, nimmt uns Frauen und Müttern jede Hoffnung, daß unsere Kinder einst ein besseres Leben führen könnten als wir heute. Die Zurückhaltung unserer Gefangenen ist die furchtbarste Grausamkeit.

Abg. Haubmann (D.D.P.): Wir haben uns angelehnt der Verständigung vom 5. November in der Tat mit einem Wortbruch zu tun. Hätte unser Heer, hätten unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewünscht, daß der Frieden so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt. Alles hätte ausgehalten. Natürlich wird dieser Gewalt der Mantel des Rechts umgehängt. In den Formen des Rechts will man Brute machen. Wir sind wehrlos, aber nicht willenlos. Dieser Vertrag ist für meine Freunde unannehmbar. Das ist unsere einmütige Auffassung. Komme was kommen mag; es kann nicht schlimmer kommen, als was die Selbstbestimmung eines Volkes für uns bedeuten würde. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Am 15. Januar habe ich einem hochangesehenen Engländer erklärt, daß deutsche Parlamentarier bereit seien, mit englischen Parlamentariern zu verhandeln, wenn Männer erscheinen würden wie Lord Balfour, Lord Curzon, Lord Lansdowne und Haldane. Mit diesen zu verhandeln bereit seien die Abgeordneten Fehrenbach, der damals noch nicht Präsident der Nationalversammlung war, der Abg. Eckert, damals noch nicht Reichspräsident und der Abg. Haubmann namens der Mehrheit des Reichstags. Diese Mitteilung ist nach England telegraphiert worden, aber bis heute habe ich darauf noch keine Antwort erhalten. (Lob. Härtl. Hör!) Der Friedensvertrag ist und bleibt unannehmbar. (Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Witt (Z.): Was Oberschlesien kulturell und wirtschaftlich geworden ist, verhandelt es der Zugehörigkeit zum Reich. Es soll auch in Zukunft deutsch bleiben.

Abg. Graf Posadowski (D.N.): Welcher Gegenstand liegt zwischen den Worten des Präsidenten Wilson und seinen Taten! Ich glaube, man kann die ganze diplomatische Geschichte der Welt durchblättern und wird kein Äußerlich finden, was zwischen dem erhabenen Gedanken des Völkerrechts, des Völkerfriedens, der Selbstbestimmung und den nachfolgenden Taten ein so krasser Gegensatz besteht, wie im vorliegenden Fall. Man will uns nicht nur wirtschaftlich töten, sondern man will uns die Ehre nehmen. Der Kaiser und die übrigen Männer, deren Auslieferung man verlangt, sind deutsche Staatsbürger und haben ihre Handlungen in einem Gebiet begangen, das unter deutschem Recht steht. Ihre Auslieferung an ein ausländisches Gericht ist also eine anstandslos unmögliche. Kellner der Ehre führt im Lade hat, kann diese Forderung annehmen, die uns der Verachtung der ganzen Welt preisgeben möchte. Die Feinde seien Nahe und aus dieser Saat werden unsere Kinder entstehen. Es wird der Tag kommen, wo Deutschland aus der Finsternis zum Licht erhebt.

Abg. Blund (D.D.P.): Schleswig-Holstein legt gegen die von der Entente verlangte Abtretung in den nördlichen Gebieten Beschwerde ein.

Abg. Schuch-Bromberg (D.N.): Wir erklären, daß der Friedensvertrag für die Provinz Posen unerträglich und für alle Zeiten unannehmbar ist. (Lob. Härtl. Hör!)

Abg. Dr. Strefemann (D.N.P.): Wird dieser Friedensvertrag nicht abgeändert, so wird er der größte Weltbetrug, den es je gegeben hat. Die Auslieferung des Kaisers wäre juristisch und tatsächlich unmöglich, will sich das deutsche Volk nicht auf die Dauer ehelos erweisen. Deutschland soll zerstückelt, soll rechtlos und ehelos auf ewige Zeiten sein, soll Fronarbeit für andere verrichten. Dem feigen wir ein entschlossenes Nein entgegen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Haase (Unabh.): Die Friedensbedingungen stehen in scharfem Widerspruch zu den Grundsätzen, die wir Reis für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben daher den schärfsten Protest. Wir verlangen, daß überall der Wille der Bevölkerung entscheidet. Das gilt auch für die Forderung der Deutsch-Oesterreicher, zum Reich zu kommen. Die wirtschaftlichen Forderungen des Vertrages sind so hart, daß die Bevölkerung nicht abzuweichen ist, unser Volk könnte unter diesem Druck zusammenbrechen. Aber unsere Aufgabe kann es nur sein, bei aller Entrüstung über den uns zugemuteten Friedensverzicht Taten zu verüben, durch die unser Volk noch mehr in das Verderben hineingerissen würde. Für unser Volk ist der Frieden unentbehrlich. In verschiedenen Zeitungen ist uns für den Fall einer Regierungskrise zugemutet worden, den Frieden formell zum Abschluß zu bringen. Keine Fraktion lehnt diese Aufgabe ab. Wir freuen uns, daß die Sozialisten aller Länder mit der größten Entschiedenheit in dieser Frage ihre eigene Regierung bekämpfen. Da sie schon jetzt Erfolg haben werden, ist sehr zweifelhaft, aber die Weltrevolution ist auf dem Marsch. Sie wird die Menschheit befreien und auch den Friedensvertrag, der uns jetzt aufgezwungen werden soll, annullieren. Die Regierung fordert das Volk auf, sich um sie zu scheren. Es gehört eine starke Abneigung dazu, diese Aufforderung in einem Augenblick zu erlassen, in dem das deutsche Proletariat von derselben Regierung in einer Weise provoziert wird, wie es vorher noch niemals der Fall gewesen ist.

Abg. Frau Weber (D.N.): Ich spreche im Namen des besetzten Gebiets. Wir wollen für Deutschland den Frieden und für die Welt den Völkerfrieden. Deutschland geht nicht unter. (Lob. Härtl. Hör!)

Abg. Schäfer (Soz.): Das Saargebiet und Oberschlesien sind deutsches Land und sie sollen bei Deutschland bleiben.

Hr. Graf Dohna (D.P.): Westpreußen und sieben Millionen Deutsche zu Polen anzuschließen. Ist eine Zustimmung von ungenügender Präzision. Selbst wenn ein Staatsmann den Willen äußern würde, eine solche Bedingung zu unterschreiben, so sind doch die Westpreußen ein Volk, das sich nicht mehrlos fremder Herrschaft widersetzen.

Hr. Dittber (D.P.): Die internationalen Pazifisten haben mehr als irgend ein anderer Vorkämpfer, mit größter Schärfe gegen diese Friedensbedingungen aufzutreten. Wenn man das Bestreben von mir verlangen sollte, daß die deutsche Regierung am Krieg schuld sei, so müßte ich eine Pöge aussprechen. Wenn unsere Gegner das Gegenteil behaupten, so müßten sie den Beweis erbringen. Wir haben die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission gefordert, aber England hat abgelehnt. Diese Friedensbedingungen würden uns in eine neue furchtbare Tragödie hineinführen. Darum heißt es dreimal Nein. (Stärklicher Beifall.)

Präsident Fehrenbach: Das war eine maßvolle, geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volkswirtschaft gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktiert. Von dem heutigen Tage an muß aus diesem Saale eine Welle in das Volk getragen werden, die auch dem Ausland klar macht, daß man das deutsche Volk nicht so behandeln darf. In dieser schweren Stunde gedenken wir dankbar all des Schönen, des Großen, des Guten und Idealen, das unsere Großeltern und Eltern uns überlassen haben, und wir bitten unsere Kinder und Enkel es uns nicht anzurechnen, daß wir sie der Not und dem Elend überliefern müssen. Wir wissen, daß auch wir in der Zeit unseres Glücks angefaßt waren. Die Schuld für die Ursachen des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde. Wir hatten auf den Völkerverbund gehofft. Dieser Vertrag ist keine Entlastung dazu; er ist die Verewigung des Krieges. Und jetzt wende ich mich an unsere Feinde und sage: Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären und diese Kinder werden die Sklavensklaven werden werden und die Schmach abwachen, die unsern deutschen Völkern zugefügt werden soll. Für uns gilt wie in glücklichen Tagen so auch heute das Wort, daß niemals der Ausbruch schifflicher Ueberzeugung, sondern immer nur die tiefe Liebe zu unserem Volk uns leitet. Deutschland, Deutschland aber alles, über alles in der Welt. (Beifall und Handklopfen.) (Hören bei den Unabhängigen.)

Präsident Fehrenbach erteilt die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen.

Unmögliche Forderungen.

Die Gebietsverläste, die uns der Vorfriedensvertrag zumuten will, betragen im Osten nach der „Frankf. Zig.“ etwa 59 000 Geviertkilometer mit etwa 5,6 Mill. Einwohnern (1910) und zwar in Ostpreußen etwa 3200 Geviertkilometer mit 220 000 Einwohnern, Westpreußen 18 000 Geviertkilometer mit 1 320 000 Einwohnern, Posen 26 000 Geviertkilometer mit 1 915 000 Einwohnern, Brommern 35 000 Geviertkilometer, Schlesien 13 000 Geviertkilometer mit 2 112 000 Einwohnern. Ferner in Schleswig-Holstein 450 000 Einwohner, darunter 133 000 dänisch Sprechende, im Wester Eilaf-Lothringen 14 521 Quadratkilometer mit 1 874 000 Einwohnern, wovon 87,2 Prozent die deutsche Muttersprache haben, im Saargebiet rund 700 000 Einwohner. Zählt man Malmedy und Eupen dazu, so beträgt der Gesamtverlust an Einwohnern im Westen schätzungsweise über 2 1/2 Millionen Einwohner.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß ein derart zugerechtes, seiner wichtigsten Hilfsquellen, der Handelsflotte und der privaten und staatlichen Besitztümer im Ausland beraubtes Deutschland von vornherein keine wirtschaftliche Ertragsmöglichkeit hätte — die Entente aber gedenkt da noch Summen herauszupressen, deren Höhe offenbar nicht durch vernünftige Abschätzung „seres Könnens“, sondern durch die eigenen schweren Finanzsorgen unserer Gegner bestimmt worden ist. Dabei fehlt einweilen sogar jede zahlenmäßige Begrenzung. Und wird die Anerkennung auferlegt, daß wir für alle Schäden und Verluste verantwortlich seien, die den alliierten und assoziierten Staaten und ihren Angehörigen durch den Krieg entstanden sind. Da jedoch Deutschlands Hilfsquellen für

den Ersatz des ganzen Schadens nicht ausreichen, so sollen wir jedenfalls den gesamten der Zivilbevölkerung entstandenen Schaden tragen. Ein Anhang erläutert diesen Begriff in ergreifendster Weise: Alle Pensionen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene fallen darunter, die kapitalisiert uns zur Last geschrieben werden sollen, außerdem vorerst ausgeschüttete Vergütungen manniglicher Art. Zudem hat Belgien noch in letzter Stunde durchgesetzt, daß wir keine gesamten bei der Entente aufgenommenen Kriegsschulden von 5—6 Milliarden an seiner Stelle bis 1926 zurückzahlen. Der Gesamtbetrag unserer Verpflichtungen soll erst in zwei Jahren durch eine Kommission festgesetzt werden. Diese Kommission würde die eigentliche oberste Behörde Deutschlands werden, die ohne Mitbestimmungsrecht der deutschen Regierung auf Grund genauerer Ermittlung in alle deutschen und wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Entscheidungen fällen würde. Bis zum 1. Mai 1921 soll Deutschland 20 Milliarden Goldmark zahlen, wofür es jetzt unverzinsliche Schatzscheine herausgeben soll, die binnen zwei Jahren in Gold, Waren, Schiffen, Kohlen und anderen Werten einzulösen sind. Die 20 Milliarden dienen zur Deckung der Kosten der Besetzung. Ein von der genannten Kommission festzusetzender Betrag wird uns über den Kauf von Lebensmitteln und Rohstoffen freigegeben. Der Rest wird auf die Entschädigung angerechnet. Für diese sollen wir eine zweite Serie von 40 Milliarden Goldmarkdarlehen hängen, die von 1921 bis 1926 mit 2 1/2 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation auszulassen wäre, und später noch eine dritte 5 Prozentige Anleihe von 40 Milliarden Goldmark. Letztere jedoch nur, wenn die Kommission überzeugt ist, daß Deutschland imstande ist, den Dienst dieser Anleihe zu übernehmen. Neue Emissionen sollen später von der Kommission gefordert werden. Berücksichtigt man, daß die Reichsmark nicht einmal mehr den dritten Teil des früheren Werts hat, während die Feinde die Bezahlung nach ihrer eigenen Valuta (Pfund Sterling, Dollar, Franken usw. verlangen) so hätten wir tatsächlich den dreifachen Betrag der genannten Summen zu bezahlen. Die feindliche Valuta würde immer mehr steigen, die deutsche dementsprechend sinken und das Ende dieses Spiels wäre nicht abzusehen.

Eine moralische Kriegserklärung.

Berlin, 12. Mai. In einer dem Vertreter der „Associated Press“ gewährten Unterredung sagte Reichspräsident Ebert u. a.: Die Kundgebung, die ich hienüt durch Sie an die amerikanische Öffentlichkeit richte, bedeutet die moralische Kriegserklärung des neuen Deutschland an das ganze übrig gebliebene System der alten internationalen Politik. Das deutsche Volk hat die Herrschaft der Gewalt und der Unwahrscheinlichkeit bei sich zu Hause zertrümmert. Es hat das nicht getan, um die Hand dazu zu bieten, daß dieses selbe System in sinnlos gestalteter Form der ganzen Welt die Zukunft diktiert. Es pflanzt das Wort mit den 14 Programmpunkten auf, das Wilson anscheinend im Stich gelassen hat, und es hofft, daß das amerikanische Volk diesen tieferen Sinn der neuen Auseinandersetzung, die jetzt anhebt, richtig erfassen wird. Der Entwurf, den man uns vorgelegt hat, bedeutet eine vollständige Verneinung des von Präsident Wilson am 8. Januar 1918 festgestellten Friedensprogramms der 14 Punkte, auf dessen Verwirklichung uns nach der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 ein Recht zusteht. In seiner Botschaft vom 22. 1. 1917 an den Senat sagte Präsident Wilson: „Der Sieger darf nicht dem Besiegten seine Bedingungen aufzwingen. Sie würden in Grindejanna unter Zwang und unter unerträg-

lichen Opfer angenommen werden. Sie würden einen Stachel, Rachsucht und Bitterkeit zurücklassen, jedoch ein solcher Friede nicht auf einer festen Grundlage, sondern nur wie auf Triebland ruhen würde. Nur ein Friede zwischen Gleichen kann von Dauer sein.“ — Wo ist in dem Friedensentwurf, den Präsident Wilson mit unterschrieben hat, auch nur eine Spur all der großen Ideale, die er aufgestellt? Wann ist jemals seit 2000 Jahren einem Volk ein Friede angeboten worden, der so systematisch auf seine vollkommene Körperliche und geistige, auf seine materielle und moralische Vöhmung für alle Zukunft ausging? Das ganze deutsche Volk hofft, daß die Welt das nicht dulden wird, aber gleichzeitig erklärt es, daß unabhängig von dem, was andere tun, es selber ein solches Unrecht nicht dulden wird. Es beginnt erst aus der Hypnose zu erwachen, in die es unter Ausnützung seines tiefsten Vertrauens auf die Wahrhaftigkeit des von Präsident Wilson aufgestellten Programms seiner 14 Punkte versetzt worden ist. Das Erwachen wird sichtbar sein und wir alle sehen ihm mit Bangen entgegen. Wir wollen zur Ehre Amerikas annehmen, daß nur eine vollkommene Anerkennung der geschichtlichen, ethnographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands es dazu veranlassen könnte, die polnischen imperialistischen Phantasereien mit kritischer Sentimentalität zu übernehmen. Wir wünschen und hoffen noch immer, daß die neue deutsche Republik an die ältere Schwacher-Redubstl Amerika nicht vergebens appelliert habe. Stellt sich die amerikanische Demokratie wirklich auf den Standpunkt dieser Friedensbedingungen, so macht sie sich zum Gefassen politischer Expreßer.

Neues vom Tage.

Der Staatenausschuß lehnt ab.

Berlin, 13. Mai. Die Vertreter der deutschen Freistaaten haben den Friedensentwurf einstimmig abgelehnt.

Protest der Landwirte.

Berlin, 13. Mai. Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft richtet folgenden Aufruf an die Landwirte Deutschlands: Die Feinde haben ihre heuchlerische Maske der Menschlichkeit und des Völkergleichs fallen lassen. Statt eines Rechtsfriedens sollen wir den brutallsten Gewaltfrieden bekommen, der jemals einem Volk aufgezwungen wurde. Millionen deutscher Bauern sollen den Polen, Dänen und Franzosen untertan und die fruchtbarsten Provinzen und die blühendsten Industriegebiete solle vom Reich losgetrennt werden. Darüber hinaus soll die ganze deutsche Volkswirtschaft in Stadt und Land zum Lohnsklaven des anglo-amerikanischen Kapitalismus herabgewürdigt werden. Bauern heraus! Erhebt Einspruch gegen diese unerhörte Schmach und Vergewaltigung. Kein deutscher Mann, keine deutsche Regierung darf dieses Todesurteil Deutschlands unterzeichnen.

Die Entwaffnung in München.

München, 13. Mai. Die Militärbehörden teilen mit, daß die Regierungstruppen nun auch die Umgebung Münchens zu säubern beginnen. Bis 10. Mai sind abgeliefert worden: 169 Feldgeschütze, 11 schwere Geschütze, 760 Maschinengewehre, 21 351 Gewehre (von 100 000 abgegebenen), Karabiner und Revolver, 70 000 blankes Waffen, 300 000 Handgranaten, 8 Millionen Infanteriepatronen. Eine sehr große Menge von Waffen muß also noch im Besitz von Unbefugten sein.

Selbst geschmiedet.

Roman von A. v. Ernst.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Liebling, ich zweifle nicht daran und ich werde es dir danken mit all meiner unbegrenzten Liebe. Dich aufgeben, heiße die Sonne aus meinem Leben verbannen. Und niemand verurteilt sich selbst zu ewiger Kerkerhaft. Ja, Anneliese, ich liebe dich, wie du mich, und damit habe ich ein Recht auf deinen Besitz. Müde es mir gesungen, dich so tief beglücken zu können, daß du an meiner Seite alles vergißt, auch Heimat und Verwandte.“

Das war die Sprache, welche von Anfang an Annelieses junges Herz gefangen genommen hatte, die Sprache rührender Hingabe. Im Kreise der übrigen hatte sie kaum je anderes, als die fahlen Worte wohlhabender Umgangstons gehört. Aus jener Kinderzeit freilich dämmerte die Erinnerung an Laute inniger Zärtlichkeit und süßer Liebe in ihr auf. Wie fernem Wellensang tauchte ihre Seele diesen unklaren und zuweilen doch fast greifbaren Klängen, die sie wie ein süßliches Heiligum behüllte.

Sicher waren ihre Eltern einst glücklich in gegenseitiger Liebe gewesen. Aber sie haben früh dahin und Anneliese kam zu ihren Verwandten, in deren Kreise ein förmliches, kaltes Wesen herrschte und für Herzensregungen kein Verständnis vorhanden war.

Ihr verschüchtertes Gemüt paßte sich den Formen der vornehm, doch kalt empfindenden Verwandten an. Niemals hätte sie es unternommen, ihre heiße junge Seele, ihr süßliches Empfinden zu verraten.

Aber im Innern brannte die Lust fort, welche zärtliche Elternliebe einst dort geweckt, und Reinhold war es vorbehalten gewesen, den Weg zu dem jungen, schwebend verschlossenen Herzen zu finden und dem Funken der Liebe darin zu heller Flamme zu entfachen.

Wieder freilich hatte sie alles wie ein Traum, ein selbiger Traum gedacht, doch nun verlangte die Wirklichkeit festen Sinn und energisches Handeln von dem jungen Mann.

„Weiß Graf Nordburg schon, daß es ich um meine Verlobung handelt?“ fragte Reinhold endlich.

„Nein, ich wagte es ihm nicht zu sagen. Vorläufig verriet ich nur, daß mein Verlobter ein Bürgerlicher ist.“ „Einmal mußt du doch die Wahrheit bekennen, Anneliese, und wenn der Graf deinen Namen hört, wird sein Born keine Grenzen kennen.“

„Ich glaube, er könnte mich verstoßen,“ bemerkte das junge Mädchen ernst.

„Und dann?“ fragte Reinhold hastig. „Vorläufig darf ich ja noch nicht daran denken, uns eine Häuslichkeit zu gründen. Zwei Jahre können darüber vergehen.“

Die Komtesse nickte.

„Dann bist auch ich erst mündig,“ sagte sie und fügte zögernd hinzu: „Wäre es vielleicht möglich, daß ich mich im Hause deiner Schwester Aloisilde nützlich machen könnte?“

„Du darfst du keinesfalls gehen!“ rief Reinhold erschrocken, „nein, nein, dort würdest du Eindrücke empfangen, die dein liebes, unschuldiges Herz vergiften könnten. So schwer es mir wird, Anneliese, muß ich meiner Schwester doch die weitaus größte Schuld geben an der unglücklichen Ehe, die sie mit deinem Vetter, dem Baron Leffen, führt. Aloisilde ist eine oberflächliche, gemüthsüchtige Natur; sie hat geglaubt, durch diese Heirat eine glänzende gesellschaftliche Stellung zu erlangen, und nun sie sich in ihren Entwürfen getäuscht sieht, läßt sie Groll und böse Launen an ihrer Umgebung aus.“

Jedemfalls ist unsere Zukunft dadurch sehr erschwert, daß deine Schwester und mein Vetter unter diesen Umständen die Ehe eingingen. Und wenn sie noch ihr Unglück verbergen möchten! Aber alle Welt weiß, daß Sorge und Streit bei den Leffens an der Tagesordnung ist. Des Veters Name darf in Gegenwart meines Oheims niemals genannt werden, und wenn er nun hört, daß ich dich liebe, wird ihn nicht nur der unumstößlichen Ueberzeugung abbringen, daß du mein Unglück seist und ich an deiner Seite zugrunde gehe.“

„Darum ist es besser, noch zu schwelgen. Ich kann dem alten Herrn meines Vertrauens wegen nicht einmal zürnen. Vielleicht würde ich an seiner Stelle genau so empfinden wie er.“

„Nein, Reinhold, das würdest du nicht tun. Du würdest dir sicher erst Gewißheit darüber zu verschaffen gesucht haben, ob es sich bei dem Mann um einen schlüssigen oder einen ehrenwerten Charakter handelt.“

„Nun, wohl,“ meinte Reinhold, „die bis über den Strich beauftragenden Grabsbüchel durch die Ant-

stehend, aber jedenfalls würden Erkundigungen über eine Familie, wie die, aus der ich komme, mein Vertrauen eher steigern als befehlen. Ich muß ja leider sagen, daß meine beiden Geschwister wenigstens es mit ihren Pflichten nicht ernst nehmen; zudem sind sie beide meiner Mutter über den Kopf gewachsen. Gegen mich, ihren Ältesten, verfuhr sie stets streng, fast hart, aber den jüngeren Kindern gegenüber scheinen ihr die Jügel entglitten zu sein. Dieser Ungerechtigkeiten mochen sich wohl manche Mütter schuldig, und wenn solche Kinder dann infolge ihrer Verziehung und Charakterlosigkeit unglücklich werden, so erbitten jene noch eine Ungerechtigkeits des Schicksals darzu. . . . Ich sehe ebenso wie du, Anneliese, ganz allein. Meine Mutter freut sich meiner Erfolge nicht, die sie mit heiserer Inbrunst nur meinem Bruder Richard gönnte; mir begegnet sie fremd und kühl.“

„Aber du hast mich!“ rief Anneliese fast jubelnd, und in diesem Augenblick hatte sie alles, was ihr an Leiden bevorstehen könnte, vergessen.

„Und ich bin überreich in deinen Besitz, Liebste. Solange es aber möglich ist, noch einen Bruch zu vermeiden, bleibe unter dem Schutz deines Oheims, und darum verweigere ihm auch vorläufig meinen Namen. Ueberdies werde ich möglicherweise noch sachliche Differenzen mit ihm bekommen. Denn der Staat gedenkt dies Bienenland zu erwerben, um eine Eisenbahn darüber zu führen. Zurzeit schwelben die Unterhandlungen; wenn aber Graf Nordburg so einsichtslos bleibt, wie er sich bisher zeigte, so wird das Enteignungsverfahren gegen ihn eingeleitet werden müssen. Ich habe Auftrag, die persönlichen Konferenzen mit ihm zu führen. Das ist eine Auszeichnung für mich, in diesem Fall aber wäre es mir lieber, man hätte einen anderen damit beauftragt.“

Noch manches ernste Wort über ihre Zukunft tauchten die beiden aus, bis sie sich schließlich trennten, nicht ohne vorher sich abermals das innige Gelübnis gegenseitiger Treue wiederholt zu haben.

Gehoben durch das Bewußtsein einer so starken ersten Liebe ging Anneliese langsam zum Schloß zurück. Mit freudigem Ernst wollte sie den selbstgewählten Weg weitergehen.

Dabei angekommen, erfuhr sie, daß von dem ihr zum Gatten bestimmten Vetter Egon ein Telegramm eingetroffen sei mit der Nachricht, er habe seine Ankunft um einige Tage verschoben.

Fortsetzung folgt.

Bekanntmachung

der Wahlvorschläge zur Gemeinderatswahl.

Zu der am Sonntag, den 25. Mai d. Js. stattfindenden Gemeinderatswahl sind 3 gültige Wahlvorschläge eingereicht worden, welche hienach bekanntgegeben werden.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß nur solche Bewerber gültig gewählt werden können, deren Namen in einem dieser Wahlvorschläge enthalten ist.

Den 12. Mai 1919.

Vorsigender des Wahlvorstands:

Stadtschultheiß: Welker.

Gültige Wahlvorschläge:

Nr. 1

Wahlvorschlag der Deutsch-Demokratischen Partei.

- Beck Paul, Kaufmann (seith. Ode.-Rat)
- Schneider Georg, Baumaterialien-Händler (seith. Ode.-Rat)
- Luz Karl, Rotgerber (seith. Ode.-Rat)
- Walz Hans, Sparkassier
- Wizemann Fritz, Schneidermeister
- Henßler Heinrich, Kaufmann
- Henßler Wilhelm, Stadtbaumeister
- Käthele Karl, Hauptlehrer
- Ackermann Karl, Schlossermeister
- Bühler Friedrich, Schneidermeister (seith. Ode.-Rat)
- Armbruster Karl sen., Rotgerber (seith. Ode.-Rat)
- Luz Johann Georg, Glasmeister.

Nr. 2

Wahlvorschlag der Freien Wählervereinigung.

- Dietsch Christian, Privatmann (seith. Ode.-Rat)
- Silber Karl, Mühlebesitzer
- Kaltenbach Hermann, Silberwarenfabrikant
- Brenner Martin, Sattlermeister (seith. Ode.-Rat)
- Beck Louis jr., Gerber b. Hirsch
- Wallraff Paul, Schmied
- Bühler Heinrich, Schneidermeister
- Hornberger Friedrich, Schuhmacher
- Burghard Christian jr., Kaufmann
- Seiß Friedrich, Uhrmacher
- Seeger Friedrich z. Traube (seith. Ode.-Rat)
- Theurer Wilhelm, Sägewerksbesitzer.

Nr. 3

Kenntwort: „Neue Zeit braucht neue Männer.“

- Flaig Fritz sen., Konditor
- Wieland Albert, Briefträger
- Köhler Fritz, Schreiner
- Roch Karl, Graveur
- Schwarz Jakob, Bäcker.

Ebhausen.



Eichen-Holz Verkauf.

Am Montag, den 19. ds. Mts. nachm. 2 Uhr verkauft die Gemeinde im öffentlichen Aufsteich auf dem Reutewasen:

13,22 Ftm. Eichenholz

und zwar 1 St. I., 7 St. II., 3 St. III., 4 St. IV. und 3 St. V. St. Liebhaber sind eingeladen.

Den 12. Mai 1919.

Schultheißenamt.

Louis Schaible, Uhrmacher

Bestreter der

Maschinenfabrik Griguer

Act. Ges. Durlach

Größte und leistungsfähigste Fabrik in Nähmaschinen.

Reparieren von Nähmaschinen und Gramophone schnell und billig.

Bringe mein Lager in Bürstenwaren aller Gattung

bei billiger Berechnung, sowie

Kleiderhalter
Wäschekammern
Spagendrette
u. Rührlöffel

in gefällige Erinnerung

Georg Walz
Drechsler.

Ragold.

Wir haben anzubieten:

Feinsten Getreide-Kaffee

mit 20% Bohnenkaffee-Zusatz.

Anlandsware ohne Marken solange Vorrat.

Berg & Schmid.

1 Paar neue

Rohrstiefel

Größe 46

hat zu verkaufen.

Wer? — sagt die Exp. ds. Bl.

Wegen Erkrankung des seitherigen Mädchens suche ich ein gesundes, williges

Mädchen

womöglich schon gedient und nicht unter 18 Jahre alt auf 1. Juni. Familienanschluß.

Frau Geiser, Metzgerei
Batersbrunn, b. Freudenstadt.

Altensteig.

Eine 1 Jahr alte, hornlose, rehsarb.



Ziege

hat zu verkaufen

Ehr Seeger

Del. u. Fetthandlung, b. Schatten.

Ragold.

! Leim!

von E. Weis, Bopfingen liefert und ersucht um Zusendung der Bezugsscheine.

Fr. Luz.

Gestorbene:

Batersbrunn: Eva Maria Geiser geb. Haist, 59^{1/2} Jahre.
Calw: Katharine Dohrer geb. Kling, 81 Jahre.
Neuenbürg: Emil Haist 27 Jahre.

Freiwillige Feuerwehr!

Nächsten Sonntag, den 18. Mai ds. Js.

hat die

gesamte Feuerwehr

zur Frühjahrsmusterung, Verteilung von Dienstaltersabzeichen und Verpflichtung der neu eingetretenen Mitglieder, auszurufen.

Antreten in voller Ausrüstung morgens 7 Uhr.

Altensteig, 14. Mai 1919.

Das Kommando.

Zur Gründung einer Landwirtschaftskammer in Württemberg.

Nach dem Vorgang in anderen Bundesstaaten hat die Württ. Staatsregierung die Bildung einer Landwirtschaftskammer ins Auge gefaßt und bereits den Entwurf zu einem Gesetz an die Landeskommission vorgelegt.

Dieser Entwurf will nun auch den Wald mit in die Landwirtschaftliche Fläche hineinnehmen in dem er sagt: „Zur Landwirtschaft im Sinne des Gesetzes gehört auch die Forstwirtschaft sowie der Gartenbau.“

Dementsprechend sollen die durch die Landwirtschaftskammer erwachsenden Kosten auf die Gemeinden nach dem Verhältnis der auf die land- und forstwirtschaftl. Grundstücke entfallenden Grundsteuerkapitals umgelegt werden. Der Wald soll also in gleichem Verhältnis an der Kammer mitzahlen wie die Forstgüter.

Dafür steht der Entwurf wohl die Wahl von 6 Vertretern der Forstwirtschaft durch die Landwirtschaftskammer vor, gegenüber 94 Mitgliedern im ganzen! Aber sonst ist von der Waldwirtschaft nirgends die Rede!

Der Forstbetrieb wird im Entwurf neben dem Gartenbau nur als Anhängel der Landwirtschaft betrachtet.

Eine solche Behandlung der Waldwirtschaft müßte unserer Landeskultur großen Schaden bringen, weshalb wir dagegen dringende Beschwerde einlegen.

400 000 ha Gemeindef- und Privatwald hat Württemberg aufzuweisen. d. i. 1^{1/2}% der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Fläche! Und welche Bedeutung der Wald für unser Land hat, zeigte der Krieg und wird die nächste Zukunft erst recht beweisen. Der Forstbetrieb allein ist es, der neben dem Bergbau große jederzeit greifbare Rohstoffwerte in der Hand hält, deren Wert sich auf Milliarden beziffert!

Jetzt wo es sich zum erstenmal um eine öffentlich anzuerkennende Vertretung des Waldes handelt, da die Forstwirtschaft an ihrem bedeutendsten Wendepunkt steht, stellen wir folgende Forderungen:

Wenn der Wald an der neuen Landwirtschaftskammer mitzahlen soll, muß

- 1.) das Gesetz die Bezeichnung Land- und Forstwirtschaftskammergesetz erhalten.
- 2.) Entsprechend der Waldfläche des Landes muß ^{1/2} der Sitze in der Kammer der Forstwirtschaft eingeräumt werden.
- 3.) Die forstl. Mitglieder müssen ebenso wie die der Landwirtschaft unmittelbar im Wege der Verhältniswahl von den Privat- und Gemeindefwaldbesitzern und Waldarbeitern gewählt werden.
- 4.) Es muß eine ständige, vollkommen gleichberechtigte, für die Behandlung aller forstwirtschaftl. Fragen unabhängige Abteilung errichtet werden.

Nur wenn diese Forderungen im neuen Gesetz gebührende Berücksichtigung finden, kann unsere Forstwirtschaft und damit unser ganzes Land in Zukunft vor großem Schaden bewahrt werden.

Die Waldbesitzer — Gemeinden und Private — werden aufgefordert, gegen diesen Gesetzesentwurf der Regierung energig Stellung zu nehmen und sich in eine auf dem Rathaus in Altensteig ausliegende Protestliste einzutragen.

Altensteig, 12. Mai 1919.

Präsident, städt. Oberförster.

Prima Suppentwürze

offen und in Flaschen,

sowie von Maggi und Knorr

zur Verbesserung von Gemüse, Suppen u. Saucen etc., ist aus frischen Sendungen billigst zu haben bei

E. W. Luz Nachflg.

Fritz Bühler jr.

Altensteig, Telefon 5.